



4. Ausgabe - Februar 2000 -

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Rödersheim-Gronau,

die Freie Wählergruppe von Rödersheim-Gronau wird Sie weiterhin über ihre Aktivitäten und politischen Vorstellungen in Sachen Gemeindepolitik informieren.

Ein Höhepunkt der Gemeinderatsarbeit eines jeden Jahres ist die Verabschiedung des Haushaltsplanes.

Zu Ihrer Information gehen wir auch hier neue Wege. Daher ist die ungekürzte Haushaltsrede der FWG-Fraktion Hauptbestandteil dieses Journals.

Der Haushaltsplan der Gemeinde Rödersheim-Gronau wurde in der Gemeinderatssitzung am 09.02.2000 behandelt und verabschiedet.

Auf der Tagesordnung dieser Gemeinderatssitzung standen auch Anträge der FWG-Fraktion, welche auf Anregungen von Bürgern zustande kamen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wurden diese Anträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion - ohne daß der FWG die Möglichkeit gegeben wurde, ihre Anträge vorzulesen und zu begründen - sofort in die Ausschüsse verwiesen.

Dies war bedauerlich für die anwesenden Zuhörer.

Solches Vorgehen ist nicht rechtens.

Die FWG-Fraktion ist guter Dinge, daß sie ihr Recht wahrnehmen und ihre Anträge nachträglich in der nächsten Gemeinderatssitzung am 23.03.2000 verlesen und begründen kann.

Auflage: 1.200

Nach wie vor werden wir - davon unbeeindruckt - Anträge in Gemeinderatssitzungen einbringen, von denen wir überzeugt sind, daß die Ergebnisse daraus unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie unserer Gemeinde von Nutzen sein werden.

Denn nicht Fraktionen entscheiden über eine gute Gemeinderatsarbeit, sondern alleine die Bewohner einer Gemeinde.

Ihre

 $\mathsf{F}_{\mathsf{reie}}$

W ähler

G ruppe

Rödersheim-Gronau e.V.

Haushaltsrede der FWG-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Herren Beigeordnete, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Zuhörer,

diese Haushaltsrede ist für die FWG-Fraktion und diesen Gemeinderat ein besonderes Ereignis. Zum ersten Mal hält hier in diesem Rat ein FWG-Fraktionssprecher eine Haushaltsrede. Daß wir hier im Rat mit drei Fraktionssitzen vertreten sind, verdanken wir dem Willen unserer Bürgerinnen und Bürger bei der letzten Kommunalwahl. Sie wollten neue Mehrheitsverhältnisse in diesem Gemeinderat.

Auf das erreichte Wahlergebnis darf die FWG mit Stolz zurückblicken. Die FWG-Fraktion wird ihren Pflichten und Aufgaben zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürgern durch effiziente Gemeinderatsarbeit nachkommen. Daß dies der Fall ist, haben wir durch unsere bisherige Ratsarbeit unter Beweis gestellt: Wir werden unsere Aktivitäten beibehalten und noch verbessern.

Leider hat sich gezeigt, daß einige Personen bzw. Gruppierungen mit den neuen Machtverhältnissen in diesem Gemeinderat noch nicht umgehen können. Zum Vorteil einer effektiven Gemeinderatspolitik und einem guten Arbeitsklima im Rat sowie in den Ausschüssen ist zu hoffen, daß sich dieses Verhalten noch ändert.

Die FWG-Fraktion war zum ersten Mal mit dem Haushaltsplan beschäftigt. Sie hat die Tatsache erkannt, daß die Fraktionen hier im Rat nur wenig Einfluß auf die Zahlen des Etats haben.

Die Wahrheit sieht leider so aus, daß die Fremdbestimmung in dem Maße zunimmt, wie die Autonomie der Kommunen abnimmt. Manchmal hat man den Eindruck, daß man dies von Seiten der Parteien zwar zur Kenntnis nimmt, aber längst nicht mehr protestierend, sondern resignierend.

Vordenker aus der großen Politik ersetzen die eigene noch vorhandene Kreativität.

Das Wehgeschrei wird dann groß sein, wenn der Zentralismus zur Regel geworden ist und wir nicht mehr die Demokratie haben, die wir eigentlich wollten.

Nun aber zu unserem Haushaltsplan und damit zum Beweis des eben Gesagten: Der Spielraum für uns Ratsmitglieder an unserem Haushalt beträgt ca. 5 %. Das bedeutet, daß ca. 95 % des vorgelegten Zahlenwerks von vornherein feststehen. Man muß sich hier wirklich die Frage nach der Sinnhaftigkeit unseres Tuns stellen.

So müssen z.B. im Jahr 2000 für die Kreisumlage 875.000 DM, für die Verbandsgemeindeumlage 884.000 DM und für den Fond Deutsche Einheit 10.000 DM abgeführt werden. Die sachlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben schlagen mit 540.000 DM zu Buche.

Es versteht sich eigentlich von selbst, daß bei einem unausgeglichenen Haushalt mit einem Fehlbetrag von 460.000 DM der Einspareffekt im Vordergrund stehen muß, ohne jedoch das Erforderliche zu vernachlässigen.

Da der Haushalt nicht ausgeglichen ist, wird die Behörde diesen Haushalt erst genehmigen, wenn sie alle Ausgaben auf den Prüfstand genommen hat.

Der Schuldenstand der Gemeinde wird sich kontinuierlich von 1998 bis zum Jahr 2003 von damals 2,5 Mio. DM auf 5,8 Mio. DM erhöhen. Bis Ende des Jahres 2000 werden wir eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.669 DM erreicht haben.

Wir, die FWG-Fraktion, könnten es uns leicht machen mit der Argumentation: "Wir sind neu im Rat und für diesen Schuldenberg können wir nichts". Aber mit dem Einzug in den Gemeinderat haben wir auch Verantwortung für diese Gemeinde übernommen. Für einen Abbau des Schuldenberges haben wir nur das Rezept der Sparsamkeit.

Allerdings werden wir nicht einsehen, daß trotz der angespannten Haushaltslage bürgernahe Maßnahmen, welche mit relativ geringen Mitteln zu bewerkstelligen sind, auf der Strecke bleiben.

Die Friedhofsgebühren werden sich geringfügig erhöhen. Dies ist für die Bürger unserer Gemeinde eine besonders unangenehme Angelegenheit. Aber man muß auch sehen, daß die Gemeinde zwar verpflichtet ist, gewisse Einrichtungen vorzuhalten, doch muß sie auch dafür sorgen, daß diese sich weitgehend durch Gebühren finanzieren. Die FWG-Fraktion sah sich daher in der Pflicht, der vorgeschlagenen moderaten Erhöhung der Friedhofsgebühren zuzustimmen.

Im Vermögenshaushalt fällt der Betrag von 1 Mio. DM im Jahr 2000 für den Erwerb von Grundstücken zur Schaffung und Erschließung des Gewerbegebietes an der Assenheimer Str. und 30.000 DM für den Erwerb von Grundstücken zur Umsetzung der Biotopvernetzung auf. Die Finanzierung soll über Darlehen erfolgen.

Zur Aufnahme des Darlehens von 1 Mio. DM für den Grunderwerb für das Gewerbegebiet hat die FWG-Fraktion Bedenken, zumal bis zum Jahr 2003 weitere 2,1 Mio. DM für Erschließungskosten hinzukommen. Ich möchte unsere Bedenken erläutern:

Zunächst stelle ich fest, daß wir als Demokraten den Mehrheitsbeschluß des Gemeinderats, der sich für dieses, im Gegensatz zu früher abgemilderte Gewerbegebiet aussprach, akzeptieren.

Ebenso sollten Sie, meine Damen und Herren, die Sie ja ebenfalls Demokraten sind, unsere Bedenken, welche gegen dieses Gewerbegebiet sprechen, zur Kenntnis nehmen und über unsere Argumente nachdenken.

Zudem möchte ich klarstellen, daß die FWG-Fraktion die Entwicklung unserer Gemeinde in keinster Art und Weise behindern wird, auch wenn wir zur Entwicklung unserer Gemeinde andere Vorstellungen haben. Denn bei der Realisierung des Gewerbegebietes sollten wir alle darauf achten, daß der finanzielle Aufwand im Verhältnis zum Nutzen steht.

Nach Meinung der FWG-Fraktion sind dabei wichtige Punkte ungeklärt, welche in erster Linie nicht nur für die finanzielle Weiterentwicklung unserer Gemeinde sehr wichtig sind.

Dazu gehören:

1. Die Grundstückspreise:

Da die Gemeinde kein eigenes Gelände in dem Areal besitzt, in dem das Gewerbegebiet entstehen soll, besteht die Absicht, das gesamte Gelände von ca. 5 ha in Gemeindebesitz zu bekommen. Etwa die Hälfte davon werden für die Pufferzone, die zwischen dem Gewerbegebiet und dem reinen Wohngebiet verbleiben muß, benötigt. Da der materielle Wert der Pufferzone, des Lärmschutzwalles und der Bepflanzung auf den Grundstückspreis umgelegt werden muß, bedeutet dies, daß sich der noch festzulegende Richtwert für die Gewerbefläche erheblich verteuern wird.

2. Die Besitzverhältnisse:

Wenn die Gemeinde das Gelände kauft, dann ist sie im Besitz einer relativ teuren Gewerbefläche. Werden unsere Gewerbetreibenden im Ort dann dieses Gewerbegebiet in Anspruch nehmen wollen bzw. können? Es kann bedeuten, daß die Gemeinde zum Teil auf dem teuren Gelände sitzen bleibt.

Falls Gelände in Privatbesitz verbleibt, wird an denjenigen verkauft, welcher das beste finanzielle Angebot unterbreitet. Die Gefahr besteht, daß das Ziel verfehlt wird, dort nur örtliches Gewerbe ansiedeln zu wollen.

Ich fasse zusammen:

Hier ist ein Gewerbegebiet im Entstehen, bei dem noch viele gravierende Fragen offen sind. Man hat hier zunächst 1 Mio. DM für den Grundstückserwerb für ein Gewerbegebiet im Haushalt stehen, ohne die wirklichen Kosten und damit auch den Schuldenberg zu kennen, welcher auf unsere Gemeinde noch zukommen wird. Zu guter Letzt sind wir der Meinung, daß bei der im Augenblick geringen Planungsreife diese eine Million in diesem Jahr gar nicht gebraucht wird.

Auf Antrag der ÖDP-Fraktion wurden für 5 Jahre jährlich 30.000 DM zur Umsetzung des Biotopvernetzungsplanes in das Investitionsprogramm eingestellt.

Wir von der FWG-Fraktion begrüßen es, daß sich dadurch die Biotopvernetzung weiterentwickeln kann. Den Wunsch nach einer Biotopvernetzung haben auch wir in unserem Wahlprogramm sehr deutlich gemacht.

Verwundert war die FWG-Fraktion allerdings darüber, daß ohne Diskussion im Haupt- und Finanzausschuß diesem Betrag im Rat sofort zugestimmt wurde.

In diesem Zusammenhang sind wir nun guter Dinge, daß auch bürgernahe Anträge der FWG-Fraktion, wie z.B. Übergangshilfen für Fußgänger und weitere Verkehrsberuhigungen in unserem Ort, im Rat positiv entschieden werden.

Wie hat sich doch Kurt Biedenkopf bei seiner Haushaltsrede in Sachsen-Anhalt über seine Ausgaben geäußert: "Es ist in Gruppen einzuteilen, welche "dringlich", "nützlich" oder "angenehm" sind."

Nach Meinung der FWG-Fraktion sind alle Maßnahmen, welche dem Bürger direkt helfen, als "dringlich" einzustufen.

Nun zum Alsheimer Platz:

Seit Jahren zeigt sich der Alsheimer Platz als Schutthalde. Ein Plan für die Gestaltung des Dorfplatzes liegt bereits vor. Dieser Plan wurde in der Gemeinderatssitzung am 20.05.1999 - ca. 3 Wochen vor der Gemeinderatswahl - mittels Beschluß angenommen. Doch der Dorfplatz soll aus finanziellen Gründen erst gestaltet werden, wenn das Seniorenzentrum durch die Fa. Projekta errichtet ist.

Mit Verwunderung haben wir festgestellt, daß diesbezüglich zwischen der Fa. Proiekta und der Gemeinde Rödersheim-Gronau noch keinerlei Vertragsvereinbarung besteht; obwohl bereits am 31.03.99 in einem Gemeinderatsbeschluß der damalige Ortsbürgermeister und die Verwaltung ermächtigt wurden, mit der Fa. Projekta einen Notarvertrag abzuschließen.

Die FWG-Fraktion ist der Meinung, daß nun die Zeit des Wartens, des Redens und Taktierens vorbei ist. Hier muß endlich gehandelt werden. Deshalb werden wir darauf drängen, damit die Realisierung des Alsheimer Platzes - wie schon lange versprochen - endlich in Angriff genommen werden kann.

Diese Haushaltsrede möchte ich mit einem Zitat aus Goethes "Götz von Berlichingen" beenden:

"Wo viel Licht ist, ist starker Schatten."

Dies trifft auch auf den vorliegenden Haushaltsplan zu. Die FWG-Fraktion hat die wesentlichsten der "Schatten"-Punkte angesprochen und kritisiert und wird auch weiterhin den Finger in die Wunden legen. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, hier im Rat ein vernünftiges Miteinander zu leben, denn:

> "Niemand weiß soviel, wie wir alle zusammen."

Wir danken der Finanzabteilung, insbesondere Herrn Mattern, für die Erstellung des Haushaltsplanes.

Unser Dank geht auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Abschließend darf ich für die Freie Wählergruppe sagen, daß der Haushaltsplan sauber und übersichtlich ausgearbeitet ist.

Die kritischen Anmerkungen sollten dazu beitragen, rechtzeitig zu reagieren, sie sind für uns aber kein Anlaß, den Haushalt abzulehnen.

Die FWG-Fraktion stimmt der Vorlage des Haushaltsplanes zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!